

Landkreis Friesland

Niederschrift

**über die 10. öffentliche Sitzung des Kreistages des Landkreises Friesland am
Donnerstag, 9. Oktober 2008, im Saal des Bürgerhauses in Schortens,
Weserstraße 1**

Beginn: 13:00 Uhr

Ende: 13:55 Uhr

Anwesend:

Mitglieder

Ambrosy, Sven
Bastrop, Heide
Burgenger, Uwe
Böcker, Rudolf
Chmielewski, Iko
Eggerichs, Peter
Etzold, Jost
Funke, Karl-Heinz
Gabbey, Dietrich
Gburreck, Fred
Gramberger, Joachim
Grützner, Gisela
Habeck, Wilfried
Haltern, Sabine
Harms, Siegfried
Heidenreich, Walter
Herfel, Bärbel
Hoppenheit, Christa
Husemann, Horst-Dieter
Janßen, Dieter
Janßen, Wolfgang
Just, Janto
Kaempfe, Hartmut
Kaiser-Fuchs, Marianne
Kammer, Hans-Werner MdB
Kindo, Anja
Lahl, Herbert
Lies, Olaf MdL
Müller, Alfred
Nieraad, Peter
Onnen-Lübben, Reinhard
Pauluschke, Bernd
Polenz, Dirk von
Ralle, Elfriede

Ramke, Michael
Recksiedler, Raimund
Rost, Wilfried
Schlieper, Ulrike
Thiesing, Ralf
Tischer, Peter

Angehörige der Verwaltung

Gerdes, Gerda
Kloß, Elena
Wehnemann, Peter

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Kreistagsvorsitzender Funke eröffnete die Sitzung des Kreistages und hieß alle Anwesenden herzlich willkommen. Die Kreistagsabgeordneten Frau Dierenga und Frau Onken sowie die Herren Busch, Brunken, Koch, Osterloh und Zielke ließen sich entschuldigen.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit

Herr Funke stellte die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung inkl. der Ergänzungen vom 29.09.2008 (TOP 5.2.6) und vom 2. Oktober 2008 (TOP 9.1 und 10.1) wurde genehmigt.

TOP 4 Genehmigung der öffentlichen Niederschrift vom 9. Juli 2008

Die öffentliche Niederschrift vom 9. Juli 2008 wurde genehmigt.

Sodann ergriff Bürgermeister Böhling das Wort und hieß den Kreistag herzlich willkommen in der Stadt Schortens. Heute stünden Weg weisende Beschlüsse an, die auch Schortenser Belange betreffen.

Zwischen Landkreis Friesland und Stadt Schortens herrsche eine gute und reibungslose Zusammenarbeit, für die es heute dem Landrat sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kreisverwaltung Dank zu sagen gelten. Auch in schwierigen Fragen und Problemen gelinge es stets, einen für alle Seiten tragbaren Konsens zu finden.

Der Sitzung wünschte der Bürgermeister einen erfolgreichen Verlauf und gute Beschlüsse.

TOP 5 Berichte und Vorlagen der öffentlichen Sitzung

TOP 5.1 - aus dem Kreisausschuss vom 3. September 2008:

**TOP 5.1.1 Änderung der Verordnung über Beförderungsentgelte und -bedingungen im Gelegenheitsverkehr mit Taxen der Unternehmer im Landkreis Friesland (BauA 28.08.2008)
Vorlage: 348/2008**

Auf die Beschlussempfehlung des Kreisausschusses vom 3. September 2008 - TOP 3.1.1 der Niederschrift - wird verwiesen.

Beschluss:

Die Verordnung über Beförderungsentgelte und -bedingungen im Gelegenheitsverkehr mit Taxen der Unternehmer im Landkreis Friesland wird entsprechend der der Fachausschuss-Niederschrift vom 28.08.2008 als Anlage beigefügten Fassung der Veränderungsverordnung geändert.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**TOP 5.1.2 Kreisstraße 311, Ausbau; Beratung zum Antrag "Die Linke - Kreisverband Friesland" (BauA 28.08.2008)
Vorlage: 350/2008**

Der Kreistag nahm die Beschlussempfehlung des Kreisausschusses vom 3. September 2008 - TOP 3.1.2 - zur Kenntnis.

Beschluss:

Nach Abwägung der entsprechenden Argumente werden die Beschlüsse des Ausschusses für Bauen, Feuerschutz und Straßenverkehr vom 10.04.2008 sowie des Kreisausschusses vom 30.04.2008, wonach die Sanierung der Kreisstraße 311 als Vollausbau zu planen ist, aufrecht erhalten.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung bei 1 Gegenstimme und 2 Enthaltungen

TOP 5.2 - aus dem Kreisausschuss vom 1. Oktober 2008

TOP 5.2.1 Errichtung einer Integrierten Gesamtschule im Landkreis Friesland (SchulA 24.09.2008) Vorlage: 366/2008

Der Kreistag nahm die Ausführungen zu TOP 3.1.1 der Kreisausschuss-Niederschrift vom 1. Oktober 2008 zur Kenntnis.

Kreistagsabgeordneter Just begrüßte für die BfB-Fraktion die Einrichtung einer Integrierten Gesamtschule in Schortens. Es gebe aber speziell aus Schortenser Sicht ein Problem, auf das es heute hinzuweisen gelte:

Es seien 180 IGS-Plätze vorgesehen, mit 270 Bewerberinnen und Bewerbern sei zu rechnen. Ein Drittel davon werde folglich keinen IGS-Platz erhalten. Dies treffe Schüler aus allen Kommunen des Kreisgebietes, aber eben auch aus Schortens. Erschwerend komme für sie hinzu, dass es langfristig am Standort Schortens keine Hauptschule und keine Realschule mehr geben werde. Ferner werde diesen Kindern und Jugendlichen nicht ermöglicht, zwischen einem Haupt- bzw. Realschulbesuch in Jever oder Sande wählen zu können; für sie komme zwingend nur Sande als Schulort in Betracht.

Dem vorliegenden Zahlenmaterial nach werde ein Fünftel der IGS-Bewerber/innen aus Schortens stammen. Hierfür sollten Lösungen gefunden werden.

Die BfB-Fraktion befürworte eine Wahlmöglichkeit zwischen dem Hauptschul- bzw. Realschulbesuch in Jever oder Sande. Mittelfristig müsste ferner eine zweite IGS im Südkreis angesiedelt werden, um möglichst keine IGS-Bewerber/innen abweisen zu müssen. Hierdurch würde sich die Situation allgemein entspannen, vor allem aber auch für die Schortenser Schüler/innen.

2. stellv. Landrat Lies stellte fest, vor fast genau einem Jahr habe - ebenfalls im Bürgerhaus Schortens - die Auftaktveranstaltung zur Gründung einer IGS in Friesland stattgefunden. SPD- und FDP-Fraktion seien froh darüber, dass heute mit einem hoffentlich mehrheitlichen Votum tatsächlich der Weg für eine Integrierte Gesamtschule am Standort Schortens frei werde. Erfreulich sei vor allem, dass es sich um einen **gemeinsamen** Beschluss handle. Hierdurch werde deutlich, dass die Thematik nicht Gegenstand des Wahlkampfes gewesen sei.

Auch in Hannover sei die Einmütigkeit des Kreistages in dieser Angelegenheit positiv aufgenommen worden. Es bestehe dort über Fraktionsgrenzen hinaus ein reges Interesse daran, wie weit die Dinge in Friesland inzwischen gediehen seien.

Eine gemeinschaftliche Beschlussfassung mache auch den Eltern gegenüber deutlich, dass es der Wille der politischen Parteien des Landkreises sei, eine IGS zu schaffen. Die Einführung der Sechszügigkeit in Schortens liege über den gesetzlichen Vorgaben der Fünfzügigkeit. Herr Just habe aber Recht in seiner Feststellung, dass man leider nicht allen Bewerber/innen zu einem IGS-Platz verhelfen könne. Den Vorschlag für einen zweiten Standort in Friesland greife er, so 2. stellv. Landrat Lies, daher gern auf. Zunächst sollte aber der weitere Verlauf für Schortens, auch die tatsächliche Zahl der Anmeldungen, weiter verfolgt werden.

Im November/Dezember 2008 seien Signale aus Hannover zu erwarten, dass ein Nebeneinander von Haupt- und Realschule - zumindest hinsichtlich der Nachfrage im Hauptschulbereich - nur begrenzt funktionieren würde. Dieser Thematik werde man sich auch in Friesland über eine Kreisschulstrukturreform annehmen müssen. Dabei könne auch in die Überlegungen einfließen, ob für Bewerber/innen aus dem Südkreis alternativ ein IGS-Angebot in ihrer Nähe geschaffen werden sollte.

Die Landesschulbehörde und das nds. Kultusministerium hätten in den Gesprächen deutlich zum Ausdruck gebracht, dass alle erforderlichen Voraussetzungen zur Genehmigung einer IGS in Schortens zum 1. August 2009 gegeben seien.

Die enge Zusammenarbeit mit der Landesschulbehörde - dies betreffe alle schulischen Bereiche - sei von großer Bedeutung. Ein großes Problem stellten aber die Kürzungen im Personalbereich der Behörde dar. Ende 2008 sei eine Entscheidung zu erwarten, dass die Landesschulbehörden sich neu strukturieren und möglicherweise in Wilhelmshaven keine Außenstelle mehr vorgehalten werde.

Es müsse in diesem Zusammenhang vor allem an die etwa 300 Kinder pro Jahrgang mit sonderpädagogischem Förderbedarf gedacht werden. Für sie seien Lehrer bereit zu stellen. Für jedes Kind sei außerdem eine Überprüfung erforderlich, ob es eine Förderschule besuchen könne und in das normal gegliederte Schulwesen integrierbar sei. Der Kreistag sollte vor dem Hintergrund der heutigen Beschlussfassung die Gelegenheit nutzen und ein Signal aussenden, dass man die Außenstelle Wilhelmshaven der Landesschulbehörde dringend benötige, um auf kurzem Wege kommunizieren und Entscheidungen treffen zu können. Die Schulen in Friesland teilten diese Einschätzung.

In nächster Zeit werde es noch viel Arbeit zur Umsetzung der IGS geben. Die IGS Schortens solle und müsse ein gemeinsamer Erfolg werden. Man vertraue darauf, dass ein motiviertes Team aus Schulleitung und Lehrkräften die Vorarbeiten zum 1. August 2009 auf den Weg bringe und Freude daran habe, an dieser neuen Schulform zu unterrichten. 2. stellv. Landrat Lies dankte namens der SPD/FDP-Gruppe allen Kreistagsfraktionen für die Unterstützung der IGS-Einführung.

Kreistagsabgeordneter Kammer betonte, unter der Voraussetzung, dass die niedersächsische Gesetzgebung dies ausdrücklich ermögliche, habe die CDU-Fraktion einer IGS nie im Wege gestanden. Die Fraktion nehme auch den Elternwillen in Friesland sehr ernst. Bei rd. 50 % abgegebenen Stimmen handele es sich um eine qualifizierte Größenordnung als ausreichende Basis für weitere Beschlussfassungen. Da der gesetzliche Rahmen der Schaffung einer IGS nicht entgegenstehe, werde die CDU-Fraktion diese neue Schulform auch weiterhin positiv begleiten.

Wie bereits erwähnt werde es dabei jedoch auch Gewinner und Verlierer geben. In Schortens werde man auf Dauer die Hauptschule und Realschule verlieren. Kinder aus Schortens seien gezwungen zu pendeln. Gemeinsam müsse diese Entwicklung sorgfältig beobachtet werden, damit es möglichst wenig Härtefälle gebe.

In Randbereichen wie im Wangerland oder dem Südkreis gebe es auch Kinder, die Schulwege von bis zu 90 Minuten am Tage zurückzulegen hätten. Im Auge zu behalten sei dabei auch, dass rd. 50 % der Eltern kein Votum abgegeben hätten und sich damit evtl. indirekt für die Beibehaltung von Haupt- und Realschulen ausgesprochen hätten. Daher müsse besonderes Augenmerk darauf gelegt werden, möglichst allen Seiten gerecht zu werden.

Angesichts des angespannten Kreishaushaltes werde man auch überlegen müssen, wie die Kosten einer IGS zu beordnen seien. Durch weitere finanzielle Einflüsse könne dabei durchaus eine gewisse finanzielle Belastung für die Kommunen entstehen. Auf Dauer werde man auch hinsichtlich der zurzeit allgemein schwierigen Finanzlage mit geringeren Einnahmen rechnen müssen. Diese Aufgabe gelte es gemeinsam zu meistern und die vom Landkreis ermittelten Kosten in den Haushalt einzuplanen.

Die CDU-Fraktion stehe zum dreigliedrigen Schulsystem, trage aber die Öffnung zugunsten einer IGS mit und werde ihre Entwicklung konstruktiv begleiten. Dabei dürfe es keine ausgegrenzten Schülerinnen und Schüler geben.

Kreistagsabgeordneter Wolfgang Janßen erinnerte an ursprüngliche Überlegungen, die IGS in Sande einzurichten, um den Standort langfristig zu sichern. Wegen fehlender Räumlichkeiten und der dadurch bedingten Kostenfolge sei nun die Entscheidung für Schortens gefallen. Aus der Sicht des Südkreises wäre Sande die bessere Lösung gewesen.

Neue Schulformen dürften nicht Thema eines Wahlkampfes sein.

Die IGS Schortens müsse ein Erfolgsmodell werden und sich an der als vorbildlich eingestuften IGS Wilhelmshaven messen lassen. Man werde sonst Probleme haben, diese Schulform auch an anderen Standorten in Friesland einzuführen. Wünschenswert sei eine entsprechende Einrichtung für den Südkreis, um lange Fahrzeiten usw. zu vermeiden und wirklich allen interessierten Schülerinnen und Schülern den Besuch einer IGS zu ermöglichen.

Kreistagsabgeordneter Burgenger begrüßte die konstruktive Art, in der der heutige Beschluss zustande gekommen sei. Bei aller Freude über den Standort Schortens seien die damit verbundenen Probleme klar. Man hoffe aber sehr auf eine positive Entwicklung.

Erster Kreisrat Wehnmann erklärte, seinerzeit habe man den Schulstandort Sande in Betracht gezogen, da zunächst davon auszugehen gewesen sei, dass das Nds. Schulgesetz sogar eine Dreizügigkeit ermöglicht hätte. Später habe der Gesetzgeber jedoch die Fünzügigkeit vorgegeben; diese Voraussetzung sei von der Raumkapazität her in Sande nicht zu verwirklichen.

Hinsichtlich der Festschreibung des Schulortes Sande für Haupt- und Realschüler aus Schortens sei in der Vorlage erläutert, dass zunächst die Schülerströme abzuwarten seien. Die Bildung differenzierter Schulbezirke sei denkbar.

Voraussichtlich könnten einige Schortener Schüler/innen bei der Vergabe von IGS-Plätzen nicht berücksichtigt werden; sie müssten Fahrstrecken in Kauf nehmen. Dabei müsse hervor gehoben werden, dass auch jetzt bereits ca. 50 % der Schüler/innen Fahrschüler seien. - Die jetzt gefundene Lösung sei unter den gegebenen Umständen sehr zufriedenstellend: Bisher hätten 50 Schüler/innen aus Friesland die IGS in Wilhelmshaven besucht, ab 1. August 2009 erhöhe sich die Zahl der IGS-Schüler, dann am Standort Schortens, auf insgesamt 180 - damit zeige die Situation eine deutliche Verbesserung.

Es erfolgte sodann die Abstimmung.

Beschlüsse:

1. Dem Antrag an die Landesschulbehörde auf Genehmigung der Errichtung einer sechszügigen Integrierten Gesamtschule, vorläufig für den Sekundarbereich I, beginnend mit der Jahrgangsstufe 5 ab dem Schuljahr 2009/2010 in den Gebäuden der Hauptschule Schortens und der Realschule Schortens an der Beethovenstraße wird zugestimmt.
2. Dem Antrag an die Landesschulbehörde auf Genehmigung der Aufhebung der Hauptschule und der Realschule Schortens, beginnend mit der Jahrgangsstufe 5 ab dem Schuljahr 2009/2010, wird zugestimmt.
3. Dem Antrag an das Nds. Kultusministerium als oberste Schulbehörde auf Genehmigung der Integrierten Gesamtschule als Ganztagschule zum 01.08.2009 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnisse zu 1. - 3.:

einstimmig

TOP 5.2.2 Herstellung der Hindernisfreiheit auf dem Flugplatz Upjever; Geplante Beseitigung von Wald (UmweltA 25.09.2008) Vorlage: 358/2008

Der Kreistag nahm die Beschlussempfehlung des Kreisausschusses vom 1. Oktober 2008 - TOP 3.1.2 der Niederschrift - zur Kenntnis.

Kreistagsabgeordneter Burgenger führte aus, die an Schortens grenzenden Waldgebiete würden auf einer Seite zukünftig von der B 210 eingegrenzt. Um so mehr müsse versucht werden, die vorgesehene Abholzungsaktion in den übrigen Waldflächen zu stoppen.

Beschluss:

Der Kreistag Friesland verabschiedet folgende Resolution:

„Resolution des Landkreises Friesland zur Erhaltung des Baumbestandes und des FFH-Gebiets im Forst Upjever

Der Kreistag des Landkreises Friesland fordert alle Verantwortlichen, insbesondere die Wehrbereichsverwaltung-Nord, das Bundesamt für Wehrverwaltung sowie das Bundesministerium der Verteidigung auf, Abstand von den Plänen zu nehmen im Bereich der Einflugschneise des Fliegerhorstes Upjever den Baumbestand großflächig zu beseitigen.

Er spricht sich gegen die angestrebte Abholzung im Upjeverschen Forst aus.

Der Kreistag des Landkreises Friesland bekennt sich ausdrücklich zum Fliegerhorst Upjever und den dort stationierten Soldatinnen, Soldaten und den Zivilangestellten. Die geplante einschneidende Maßnahme stößt auf Unverständnis, da der Flugbetrieb nach der schon mehrere Jahre zurückliegenden Auflösung des Jagdbombengeschwaders erheblich eingeschränkt worden ist. Die vorhandenen Bäume wurden seinerzeit als nicht störend eingestuft. Ein sicherer Flugbetrieb war jederzeit möglich. Teile des von der geplanten Maßnahme betroffenen Waldes gehören als FFH-Gebiet zum europäischen Schutzgebietssystem Natura 2000.

Der Kreistag des Landkreises Friesland bittet alle zuständigen Stellen die Planung nochmals zu überdenken. Er bittet eine Entscheidung im Sinne aller betroffenen Bürgerinnen und Bürger des Landkreises und zu Gunsten des Naturschutzes im Upjeverschen Forst zu treffen.“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**TOP 5.2.3 Erneuerung des Schöpfwerkes Wiedel; hier: Kostenbeteiligung des Landkreises (UmweltA 25.09.2008)
Vorlage: 360/2008**

Der Kreistag nahm die Beschlussempfehlung des Kreisausschusses vom 1. Oktober 2008 - TOP 3.1.3 - zur Kenntnis.

Beschluss:

Der Erhöhung der Kostenbeteiligung des Landkreises an den Kosten zur Erneuerung des Schöpfwerkes Wiedel auf 87.000 € und der damit verbundenen überplanmäßigen Ausgabe für das Haushaltsjahr 2008 um 19.000,00 € wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**TOP 5.2.4 Gemeinde Bockhorn; Gewährung eines vorläufigen Darlehens aus der Kreisschulbaukasse
Vorlage: 365/2008**

Auf die Beschlussempfehlung des Kreisausschusses vom 1. Oktober 2008 - TOP 3.1.4 - wird verwiesen.

Beschluss:

Der Gemeinde Bockhorn wird für die Investitionsmaßnahmen bei der Grundschule Bockhorn ein vorläufiges Darlehen aus der Kreisschulbaukasse in Höhe von 150.000,00 € gewährt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**TOP 5.2.5 Verleihung der Friesland-Medaille an Frau Alke Behrens
Vorlage: 370/2008**

Auf die Ausführungen zu TOP 3.1.5 der Kreisausschuss-Niederschrift vom 1. Oktober 2008 wird verwiesen; der Kreistag nahm Kenntnis.

Beschluss:

Der Verleihung der Friesland-Medaille an die friesländische Rollstuhl-Basketballerin Alke Behrens wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**TOP 5.2.6 Anbindung der Ems-Jade-Region an den Bahnfernverkehr; hier:
Unterstützung der Resolution der VEJ-Gesellschafterversammlung
vom 26. September 2008
Vorlage: 373/2008**

Der Kreistag nahm die Ausführungen zu TOP 3.1.6 der Kreisausschuss-Niederschrift vom 1. Oktober 2008 zur Kenntnis und folgte der Beschlussempfehlung.

Beschluss:

Der Kreistag des Landkreises Friesland schließt sich der Resolution der VEJ-Gesellschafterversammlung vom 26. September 2008 an und spricht sich für den dauerhaften Erhalt des Bahnfernverkehrs im Ems-Jade-Raum aus. Die Bundestags- und Landtagsabgeordneten der Region werden gebeten, dem Streichen weiterer Zugverbindungen nachdrücklich entgegenzuwirken.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

TOP 6 Bericht über wichtige Beschlüsse des Kreisausschusses

Über wichtige Beschlüsse des Kreisausschusses war nicht zu berichten.

TOP 7 Anfragen zu den öffentlichen Punkten der Kreistagsausschüsse

TOP 7.1 Sitzung des Ausschusses für Bauen, Feuerschutz und Straßenverkehr vom 28.08.2008

TOP 7.2 Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus, Kreisentwicklung und Finanzen vom 8. September 2008

TOP 7.3 Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 11. September 2008

TOP 7.4 Sitzung des Ausschusses für Schule, Sport und Kultur vom 24. September 2008

TOP 7.5 Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Abfall und Landwirtschaft vom 25. September 2008

Kreistagsabgeordneter Kammer sprach die Ausführungen zu TOP 5.1.4 "Blaue Tonne; Sachstand und weiteres Vorgehen" der Umweltausschuss-Niederschrift an. Der dort enthaltene Text entspreche nicht dem üblichen Protokollstil. Einerseits sei die Rede von einer "Offensive" der Verwaltung, andererseits werde der Begriff "Wir Friesen" verwandt. Der Appell des Landrates an die Bevölkerung, von einer Nutzung der Blauen Tonne abzusehen und wieder die Sammelcontainer zu nutzen, gehe durch diese ungewöhnliche Formulierung etwas unter.

TOP 8 Mitteilungen des Landrates

TOP 8.1 3. Quartalsbericht 2008 der Kreisverwaltung Friesland

Landrat Ambrosy teilte mit, die Kreisverwaltung habe Anfang der Woche die aktuellen Zahlen zum 3. Quartalsbericht 2008 zusammengetragen. In der Sitzung des Kreisausschusses am 5. November 2008 werde man eine inhaltliche Diskussion dazu ermöglichen.

Gemäß 3. Quartalsbericht sei eine Verbesserung des Ergebnisses um 1,903 Mio. € zu verzeichnen; im 2. Quartalsbericht sei noch von 1,207 Mio. € ausgegangen. Diese 1,903 Mio. € Verbesserung entsprächen damit knapp 2 % des Gesamt-Haushaltsvolumens.

Der Landrat erinnerte daran, dass der Landkreis Friesland lt. Vorgabe der Kommunalaufsicht gehalten sei, pro Jahr 2 Mio. Euro zu erwirtschaften, um bis 2016 das Fehl reduzieren zu können. In 2008 werde man aus heutiger Sicht dieses Ziel erreichen, so dass zum Jahresende ein Defizit von 16,903 Mio. Euro bestehe. Dieser an sich noch hohe Betrag relativiere sich vor dem Hintergrund, dass der Landkreis Friesland noch vor ca. fünf Jahren von einem Schuldenstand von rd. 30 Mio. Euro ausgegangen sei. Durch Haushaltsdisziplin und Einnahmeverbesserung habe man diesen Betrag in den vergangenen Jahren deutlich senken können.

Durch Ausweitungen der Kosten im Bereich von Jugendhilfe und Sozialhilfe seien Verschlechterungen des Ergebnisses eingetreten; diese Beträge seien allerdings schlecht beeinflussbar. Unerwartete Verbesserungen seien dagegen z. B. im Bereich der allgemeinen Finanzwirtschaft zu verzeichnen.

Der Kreistag nahm Kenntnis.

Im Rahmen der Kreisausschuss-Sitzung am 5. November 2008 wird der 3. Quartalsbericht für evtl. Beratungsbedarf auf die Tagesordnung gesetzt.

TOP 9 Anträge der Fraktionen, Gruppen und Kreistagsabgeordneten

TOP 9.1 Anfrage und Antrag der BfB-Fraktion vom 1. Oktober 2008 betr. Bedeutung des OLG-Urteils vom 5. Sept. 2008 für die Verträge des Landkreises mit der EWE

Auf das beigefügte bzw. im Kreistagsinformationssystem abrufbare Schreiben der BfB-Fraktion wird verwiesen.

Kreistagsabgeordneter Just führte aus, Landkreis und Kommunen hätten eine Stellungnahme der EWE-Anwälte zur Bedeutung des OLG-Urteils vom 5. September 2008 für die Verträge der Kommunen mit der EWE erhalten. Die Anwälte stellten darin fest, dass das OLG-Urteil für diese Verträge keine Bedeutung habe. Diese Aussage sei nach Auffassung der BfB-Fraktion grob irreführend und müsse durch Kreis und Kommunen dringend überprüft werden.

Das im Internet abrufbare Urteil des Oberlandesgerichts umfasse knapp 40 Seiten. Teil 1 enthalte die in der Presse erwähnte Aussage, dass die Verträge der EWE mit den Privatkunden keine Bestimmung enthielten, dass die EWE zu Preisveränderungen berechtigt sei.

In Teil 2 (ab Seite 24 des Urteils) laute die Aussage: Wenn die EWE tatsächlich zu einseitigen Preisveränderungen - so ihre Rechtsauffassung - berechtigt sei, so sei entscheidend, ob in den Verträgen eine **transparente Preisanpassungsklausel** enthalten sei. Im Ergebnis seiner Prüfung stelle das OLG fest, dass die von der EWE verwendeten Bestimmungen **unwirksam** seien, weil sie die Anforderungen der Rechtsprechung an eine transparente Preisanpassungsklausel nicht erfüllten.

Der zweite Teil des Urteils sei für den Landkreis und alle Kommunen, in deren Verträgen Preisanpassungsklauseln enthalten seien, von eminenter Bedeutung. Es müsse daher auch geprüft werden, ob eine transparente Preisanpassungsklausel in ihren Verträgen mit der EWE bestehe.

Eine der juristischen Anforderungen an "Transparenz" laute: "*Aus der Klausel muss ersichtlich sein, unter welchen Voraussetzungen, zu welchen Zeitpunkten und in welchem Umfang Preise erhöht werden dürfen oder auch wieder gesenkt werden müssen.*"

Preiserhöhungen müssten demnach in Ursache und Umfang nachrechenbar sein. Umgekehrt müsse auch ermittelbar sein, wann die EWE AG zu **Preissenkungen** verpflichtet sei.

Niemals habe die Verwaltung in den vergangenen Jahren Preiserhöhungen der EWE nachvollziehbar von Höhe und Ursache her erklären können. Begründete Zahlen seien nicht vorgelegt worden.

Die Kreisverwaltung sollte dem Kreistag daher den Wortlaut der bestehenden Preisanpassungsklausel zur Kenntnis geben und sie überprüfen bzw. überprüfen lassen.

Falls sich ergebe, dass die Klausel dem Transparenzgebot nicht entspreche, sollten der Landkreis und die ihm angehörigen Kommunen den letzten beiden Gaspreiserhöhungen vom April und August 2008 widersprechen. Im Privatbereich gehe es um Erhöhungen von 1,55 Cent/Kwh = 24 % des heutigen Gaspreises. Bei den Kommunen werde diese Größenordnung etwa gleich sein.

Ein Widerspruch sei möglich, solange die Jahresrechnung nicht eingegangen und bezahlt worden sei. Falls in diesen Tagen bereits Einzelrechnungen für verschiedene Einrichtungen des Kreises eingingen, sollte vorsorglich Widerspruch eingelegt werden, bis die eigene Überprüfung der Transparenzklausel abgeschlossen sei.

Kreistagsvorsitzender Funke stellte fest, lt. Kreisausschuss-Beschluss vom 3. September 2008 finde demnächst das erbetene Gespräch mit Herrn Dr. Brinker, EWE AG, statt. Der EWE obliege es, die eingeforderte Transparenz der Gaspreisanpassungen darzulegen.

Erster Kreisrat Wehnemann teilte mit, die Kreisverwaltung habe noch keine Endabrechnung für Gasverbräuche erhalten; ein Zeitdruck bestehe nicht. Die von den Klägern eigentlich gewollte Überprüfung der Angemessenheit der Gaspreise sei nicht erfolgt. Das Oberlandesgericht habe sich auf die Feststellung beschränkt, dass die Preisanpassungsklausel unwirksam sei. Die EWE AG habe gegen dieses Urteil Revision eingelegt; ein Ergebnis werde naturgemäß länger auf sich warten lassen.

Die Verwaltung werde, wie beantragt, die juristische Bewertung der EWE AG überprüfen und ggf. den Gremien entsprechende Handlungsvorschläge unterbreiten.

Kreistagsvorsitzender Funke ergänzte, am 16. Oktober 2008 werde erstmalig eine gerichtliche Stellungnahme erfolgen; ob im Ergebnis ein Urteil gefällt werde, sei ungewiss.

Kreistagsabgeordneter Husemann stellte fest, nach Aussage der Verwaltung werde keine Widerspruchsfrist versäumt. Insofern sei heute kein Handlungsbedarf gegeben. Im Übrigen biete der Gesprächstermin mit Herrn Dr. Brinker noch weitere Informationsmöglichkeiten.

TOP 10 Anfragen nach § 11 GO

TOP 10.1 Anfrage der CDU-Kreistagsfraktion vom 30. September 2008 betr. Maisanbauflächen im Landkreis usw.

Auf das beigefügte bzw. im Kreistagsinformationssystem abrufbare Schreiben der CDU-Fraktion wird verwiesen.

Landrat Ambrosy verlas dazu folgende Antwort der Kreisverwaltung:

1. Die insgesamt rd. 43.500 ha landwirtschaftliche Flächen in Friesland werden zu 69 % (= rd. 30.000 ha) als Grünland und zu 31 % (= rd. 13.500 ha) als Ackerland genutzt; von den Ackerlandflächen sind rd. 30 % Maisanbauflächen (entspricht etwa 4.100 ha). Damit findet auf knapp 10 % aller landwirtschaftlichen Flächen in Friesland Maisanbau statt.

2. *Es werden regelmäßig landwirtschaftliche Flächen umgebrochen, ebenso werden Ackerflächen in Grünflächen umgewandelt. In den vergangenen Jahren sind mehr Grünland- Flächen in Ackerland umgewandelt worden. Früher war das Verhältnis Grünland zu Ackerland etwa 75 % zu 25 %, jetzt liegt es (siehe zu Ziffer 1) bei etwa 69 % zu 31 %. Die Ackerflächen haben demnach zu Lasten der Grünlandflächen um rd. 2.000 ha zugenommen.*

(Daten laut Landvolk 2006/2007)

Kreistagsabgeordneter Wolfgang Janßen ergänzte, in Niedersachsen sei im Vergleich von 2008 zu 2007 11 % mehr Mais angebaut worden. Ursache der Entwicklung seien u. a. Biogasanlagen. Angesichts dieses Trends sei auf Dauer eine Monokultur der Landschaft zu befürchten. - Kreistagsvorsitzender Funke und Kreistagsabgeordneter Kaempfe widersprachen der Aussage von Herrn W. Janßen, auch jetzt nach Ablauf der Vegetationsphase werde auf abgeernteten Maisanbauflächen noch gedüngt. Die Düngeverordnung enthalte hierzu klare Regelungen.

Kreistagsvorsitzender Funke bat die Verwaltung abschließend - sofern dies ohne großen Aufwand machbar sei - um Ermittlung , ob im Rahmen des Vollzugs der EU-Vogelschutzrichtlinie vorsorglich Flächen umgebrochen worden seien.

TOP 11 Anregungen und Beschwerden

Keine.

TOP 12 Einwohnerfragestunde

Der Einwohner Herr Tscherbatko verwies auf einen Vorfall illegalen Bodenabbaues in Zetel-Bohlenbergerfeld. Nach Aussage der unteren Naturschutzbehörde sei eine Auffüllung des Bodens nicht zumutbar gewesen. Für ihn stelle sich die Frage der Kostentragung.

Landrat Ambrosy erklärte, Herr Tscherbatko habe in dieser Angelegenheit bereits mehrfach mit den Mitarbeitern der Kreisverwaltung gesprochen; das Verfahren vor dem Landgericht Oldenburg sei eingestellt worden. Aus Sicht des Landkreises Friesland sei dieser Fall abgeschlossen. Gleichwohl sei es Herrn Tscherbatko freigestellt, noch bestehende Fragen mit der Verwaltung zu klären; der Kreistag sei hierfür nicht der richtige Ansprechpartner.

(Herr Tscherbatko hatte dieses Anliegen bereits in der Kreistagssitzung am 9. Juli 2008 vorgetragen. In der Folgezeit wurden mit ihm mehrfach Gespräche in der Angelegenheit geführt.)

Da weitere Wortmeldungen nicht vorlagen, schloss Kreistagsvorsitzender Funke die öffentliche Kreistagssitzung mit einem Dank für die zügige Abwicklung der Tagesordnung um 13.55 Uhr.

Die Sitzung wurde ab 14.00 Uhr nichtöffentlich fortgesetzt.

gez. *Karl-Heinz Funke*
Kreistagsvorsitzender

gez. *Sven Ambrosy*
Landrat

gez. *Gerda Gerdes*
Protokollführerin